

Antrag

der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Telekommunikationsmärkte in Entwicklungsländern liberalisieren – Die digitale Spaltung überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen es in einer globalen Gesellschaft, miteinander zu kommunizieren und an wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand teil zu nehmen. Seitdem Internet und andere neue Technologien sich in den Industrieländern rasant ausgebreitet haben, gibt es eine Diskussion darüber, wie die Länder der sich entwickelnden Welt an den Vorteilen dieser Entwicklung teilnehmen können. Denn Information ist ein wichtiges und machtvoll Instrument ökonomischer und sozialer Entwicklung. Dies wird zunehmend auch als eine wichtige Aufgabe von Entwicklungspolitik gesehen. Die Vereinten Nationen haben daher bereits in den Jahren 2003 und 2005 auf den Weltgipfeln über die Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf und Tunis die Überwindung der digitalen Spaltung als ein vorrangiges Ziel, insbesondere in Entwicklungsländern, herausgestellt. Dabei ist Afrika von der digitalen Spaltung besonders stark betroffen, denn nur 3 Prozent der Bevölkerung verfügt über einen Festnetzanschluss, 6,1 Prozent über einen Mobiltelefonanschluss und weniger als 1 Prozent der Online-Inhalte im Internet sind afrikanischen Ursprungs. Während es in Afrika in den vergangenen Jahrzehnten kaum Entwicklung im Bereich der Telekommunikation und Informations- und Kommunikationstechnologien gab, hat sich aber seit der Jahrtausendwende ein Entwicklungsprozess in Gang gesetzt. Im Rahmen des „WSIS-Prozesses“ wird jedoch hauptsächlich an die Förderung von Festnetztelefonie und Internetzugängen gedacht.

Ein entscheidender Aspekt ist die Frage der Finanzierung des Zugangs zum weltweiten Internet. Bereits im Januar 2005 wurde folglich auf Initiative der Schweiz und Republik Senegal ein freiwilliger Weltfonds für Digitale Solida-

rität ins Leben gerufen. Er beruht auf dem freiwilligen Engagement öffentlicher und privater Einrichtungen und ihrem Beschluss, einen neuen Finanzierungsmechanismus für die Entwicklung einzurichten. Die Finanzierung des Fonds erfolgt durch eine „digitale Solidaritätsabgabe“ in Höhe von 1 Prozent der Gewinne, von in Entwicklungsländern tätigen Telekommunikationsunternehmen erreicht werden. Diese Art der Finanzierung bestraft jedoch ausgerechnet die Firmen, die in die Telekominfrastruktur der Entwicklungsländer investieren. Zusätzlich stellt sich die Erhebung dieser freiwilligen „digitalen Solidaritätsabgabe“ als problematisch dar, insbesondere die Verwaltung und Weiterleitung der eingezogenen Beträge dürfte hierbei zu einem unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand führen.

Die globale Informationsgesellschaft und der Zugang zu Wissen sind entscheidende Entwicklungsfaktoren. Neben dem Internet bietet der Mobilfunk eine gute Möglichkeit, an der globalen Informationsgesellschaft teilzunehmen und einen Weg, die digitale Spaltung zu überwinden. Für die Förderung des Mobilfunks spricht die beispielsweise häufig unzuverlässige Stromversorgung, weitverbreiteter Analphabetismus gerade in den ärmeren Regionen der Entwicklungsländer und die unverhältnismäßig hohen Kosten für die technische Ausrüstung. Speziell für die Märkte der Dritten Welt werden von einigen Anbietern zurzeit besonders kostengünstige Geräte entwickelt und auch spezielle Abrechnungsmethoden für ärmere Länder angeboten.

Gerade für abgelegene Landgemeinden liegen die Vorteile des Mobilfunks auf der Hand: die Vermarktung von Agrarprodukten per Telefon ist wesentlich lukrativer als das Anbieten bereits geernteter Früchte. Kleinbauern können sich untereinander abstimmen und verhandeln per Telefon mit den Abnehmern über Menge und Preis ihrer Waren, um nicht mehr kleine Mengen einzeln zum Markt tragen zu müssen. Aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen kann der Mobilfunk viele Erwebsquellen optimieren. Beispielsweise können Taxifahrer Handynummern angeben, die dann bei Bedarf von den Passagieren angerufen werden können. Restaurants und Garküchen können so Bestellungen per Handy annehmen und auch an die Kunden ausliefern. Die Verbreitung von Mobiltelefonen und der damit verbundenen Möglichkeit auch ins Internet zu gehen, kann so eine Infrastruktur schaffen, die, wie Untersuchungen zeigen ein stärkeres Wirtschaftswachstum ermöglicht und so ein sinnvolles Instrument zur Armutsbekämpfung darstellt.

Das größte Hindernis bei der Verbreitung mobiler Telefone sind nicht mangelnde Mittel der Bevölkerung sondern mangelnde Möglichkeiten der Anbieter. In zu vielen Ländern bestehen noch staatliche oder andere Telekom-Monopole, die einen Wettbewerb der Anbieter zu Gunsten der Kunden verhindern. Die Monopole begünstigen Korruption und behindern die Ausbreitung mobiler Telefone. Der Aufbau von Mobilfunknetzen wird in freien Märkten von den Anbietern finanziert und erfordert daher keine staatlichen Zuschüsse. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik liegt vielmehr in der Beratung von Regierungen beim Abbau von Hindernissen für den Aufbau einer modernen Telekominfrastruktur.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich in der UN und der EU dafür einzusetzen, dass bei der Überwindung der digitalen Spaltung auch auf die Entwicklung von Mobilfunknetzen gesetzt wird;
- jede Form von Finanzierung, die durch Steuern von den Firmen erfolgt, die in Entwicklungsländern in Telekominfrastruktur investieren, abzulehnen;

- in ihrer Außenwirtschaftsförderung die Entwicklung von Mobilfunkmärkten zu unterstützen, in denen mehrere Firmen zum Vorteil der Kunden im Wettbewerb miteinander stehen;
- den Regierungen in Entwicklungsländern aufgrund der deutschen Erfahrung bei der Deregulierung der Telekom Beratung anzubieten.

Berlin, den 17. Januar 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

